

Laurent Schmit

Das Realexperiment der „digitalen Demokratie“

Genau wie die „Gutenberg-Revolution“ in der Frühmoderne erst die massenweise verteilten Flugblätter als neue Form politischer Kommunikation ermöglichte, so wird der Aufstieg des Internets nicht ohne Folgen für die Demokratie bleiben. Doch der digitale Medienwandel schafft einen tiefen Graben zwischen sorgenvollen Kulturpessimisten und enthusiastischen Technikgläubigen. Die einen beschwören den Untergang der Demokratie durch „maßlose Bürger“, die anderen vertrauen auf die erlösende Kraft des Internets, um die Bürger an der Macht zu beteiligen. Die Entkopplung von Zeit und Raum, die Schnellebigkeit, die Offenheit und die Abwesenheit von Hierarchien sind wesentliche Merkmale des Netzes als politischer Kommunikationsform. Das Internet hat neue Möglichkeiten hervorgebracht: soziale Netzwerke, Diskussionsforen, Videostreamings usw. Diese Werkzeuge werden bereits für politische Zwecke genutzt, ohne dass ihr Einsatz jedoch reflektiert werden würde.

Es läuft demnach ein „Realexperiment“, dessen Ausgang für die Demokratie nur ungewiss sein kann. Diese Unsicherheit sollte aber kein Grund sein, die Entwicklung hin zu einer „digitalen Demokratie“ zu bremsen. Im Gegenteil: „Realexperimente“ gelten heute unter Sozialwissenschaftlern als ein positiver Umgang mit Unsicherheit. Dabei geht es weder darum, sich per Versuch und Irrtum durchzumogeln, noch durch geringfügige An-

passungen das Bestehende zu erhalten. Nein, das Ziel ist, durch „systematisches Ausprobieren Neues zu generieren“.¹ Das „bewusste Hervorrufen von Neuerungen“ kann ein Mittelweg zwischen Utopie und Dystopie sein.

Die Kulturpessimisten beschwören den Untergang der Demokratie durch „maßlose Bürger“, die Technikgläubigen vertrauen auf die erlösende Kraft des Internets.

Transparenz

Wie jedes Experiment braucht auch ein Realexperiment Ausgangshypothesen. Die erste wäre, dass eine digitale Demokratie mehr Transparenz fördert, diese aber auch erfordert. Die Förderung der Transparenz lässt sich in Luxemburg bereits in einigen Projekten nachvollziehen. Chamber TV gibt es zwar bereits seit 2001, aber die Videostreams und die Möglichkeit sich die Sitzungen zeitversetzt via Internet anzuschauen, machen das Angebot interessanter. Dass Chamber TV dabei manchmal ein Opfer seines Erfolgs sein kann, zeigte sich im Juli dieses Jahres, als der Videostream dem Interesse der Bürger an der Sondersitzung zu Wickréng-Léiweng nicht standhielt und stundenlang nicht abrufbar war. Seit Ende 2011 bietet die Stadt Luxemburg ebenfalls ein Videostream der Gemeinderatssitzungen an.

Mit den Webseiten Depuwatch.lu und Staatsbudget.lu hat sich die Piratenpartei als Vorreiter für mehr Transparenz etabliert. In beiden Projekten werden öffentlich verfügbare Informationen neu aufbereitet: Bei Depuwatch ging es den Piraten und ihrem Partner Politikercheck.lu um das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Staatsbudget.lu stellt die im Haushaltsentwurf für 2013 vorgesehenen Ausgaben dar. Mehr Transparenz schaffen beide Seiten dadurch, dass die Informationen visuell dargestellt und in klare Kategorien eingeordnet werden. Zwar werden die Daten strukturiert und z. B. wird auf Staatsbudget.lu der prozentuale Anteil der jeweiligen Ausgabe ausgerechnet, aber es handelt sich nicht um neue Daten. Die Initiativen sind also darauf angewiesen, dass die Institutionen die Daten zur Verfügung stellen, sei es auch als PDF-Dateien, die nur mit großen Aufwand weiter verarbeitet werden können.

Transparenz ist nur möglich, wenn Daten auch veröffentlicht werden. Außerhalb der parlamentarischen Arbeit und dem Staatshaushalt ist die Bereitschaft des Staates Informationen und Daten bereit zu stellen aber sehr gering. Zwar bemüht sich der Stater, Statistiken zu fast allen Lebensbereichen übersichtlich und zugänglich zu präsentieren und viele raumbezogene Daten sind auf geoportail.lu zu finden. Trotzdem bleiben die öffentlich verfügbaren Daten hinter den Open-Data-Portalen Frankreichs oder Großbritanniens zurück.



Ein Erzeugnis der „Gutenberg-Revolution“ (Augsburg 1521, Titelholzschnitt, Bibliothek Wolfenbüttel)

Bisher gibt es keine Anzeichen für eine Strategie der Regierung in Richtung *open data*, d. h. möglichst alle Daten, die den Verwaltungen vorliegen, frei verfügbar und nutzbar zu machen. Der digitale Medienwandel ermöglicht es, große Datenmengen ohne bedeutende Kosten zu veröffentlichen. Da es trotz vielfältiger Forderungen in Luxemburg noch immer kein Recht auf freien Informationszugang gibt², wird die Regierung wohl in naher Zukunft auch nicht die „offenen Daten“ fördern.

Neue Kommunikationskanäle

Neue Kommunikationsformen sind das Feld, wo das Realexperiment am weitesten fortgeschritten ist. Im Wahlkampf 2009 verfügte bereits fast die Hälfte der Kandidaten über ein Facebook-Profil – aber dieser Anteil schwankt stark je nach Alter.³ Auf Twitter ist inzwischen neben den Parteien auch eine wachsende Anzahl von Politikern aktiv. Beim Verfassen von Kurznachrichten liegen die Piraten und die Grünen unangefochten an der Spitze, bei den anderen Parteien sind es eher Einzelkämpfer. Die CSV verweigert sich Twitter bisher völlig. In den sozialen Netzwerken hält sich die Begeisterung für die Profile der Parteien in Grenzen, aber ihre Reichweite wächst beständig. Alleine in den letzten 15 Monaten konnten alle Parteien, die bei Twitter präsent sind, die Zahl ihrer Follower mehr als verdoppeln. Bei Face-

book verläuft das Wachstum mittlerweile langsamer, da wahrscheinlich eine Sättigungsgrenze erreicht wurde.⁴

Für die Parteien steigt die Bedeutung dieser neuen Kommunikationsmittel. Bezeichnend ist, dass die DP offenbar kein Problem damit hat, dass der *Journal* keine Parteizeitung mehr sein will und damit als exklusiver liberaler Kommunikationskanal wegfällt. Die Parteiführung vertraut darauf, dass das Internet diese Lücke mehr als schließen kann.⁵ Sowohl für Parteien, als auch für Politiker haben die sozialen Netzwerke einen entscheidenden Vorteil: den unmittelbaren Kontakt zu potentiellen Wählern. Es schaltet sich kein Journalist dazwischen, der Pressemitteilungen kritisch hinterfragt oder zumindest kürzt. Ungefiltert und vielleicht sogar von einem Freund empfohlen landet die Botschaft dagegen via soziales Netzwerk beim interessierten Bürger. Ihre persönlichen Profile nutzen die Politiker einerseits um sich zu profilieren und andererseits um ihre menschliche Seite zu zeigen und so die Distanz zu den Bürgern zumindest symbolisch abzubauen.

Die sozialen Netzwerke sind aber keine Einwegmedien. Der Bürger, der einem Politiker bei Twitter folgt oder auf Facebook mit ihm befreundet ist, kann diesem auch Nachrichten zukommen lassen, die meist direkt auf dessen Smartphone landen. Es

ist gewissermaßen die digitale Form des auf der Straße Ansprechens – nur dass Hunderte andere mitlesen.

Einen neuen Kommunikationskanal bietet ebenfalls die Plattform *Politikercheck.lu*, die es Bürgern ermöglicht, Fragen an Abgeordnete und Minister zu stellen. Auch wenn die Politiker nicht auf alle Fragen antworten, so ist doch eine reelle Kommunikation vorhanden. In nächster Zeit wird die Plattform erneuert und neben einer übersichtlicheren Oberfläche auch progressiv die Gemeindeebene integrieren, verspricht Jerry Weyer, der Sprecher des Projektes.

Mehr Beteiligung?

Die Passivität der Bürger zu überwinden ist für den Politikwissenschaftler Raphaël Kies die größte Herausforderung auf dem Weg zu mehr Partizipation. Auch die Aktivität der Bürger auf *Politikercheck.lu* ist auf einem recht bescheidenen Niveau. Zu glauben, dass digitale Werkzeuge dieses Problem von alleine lösen, wäre demnach eine falsche Ausgangshypothese für die digitale Demokratie.

Natürlich vereinfacht das Internet die Beteiligung, da nicht alle zur gleichen Zeit am gleichen Ort sein müssen, um zusammen diskutieren zu können. Potentiell lassen sich also mehr Personen über eine Online-Diskussionsplattform ansprechen als mit politischen Abendveranstaltungen, die z. B. junge Eltern eher ausschließen. Ein Beispiel für den Erfolg eines Onlineangebotes ist die Seite *smartvote.lu*, die im Wahlkampf 2009 dem Wähler eine Entscheidungshilfe bieten wollte. Über 15 000 Besucher hatte die Seite während des Wahlkampfes, was etwa 7 % der Wähler entspricht.⁶ Raphaël Kies, der *smartvote.lu* maßgeblich mitentwickelt hat, gibt allerdings zu bedenken, dass die Beteiligung recht hoch war, weil die Seite einerseits einen spielerischen Charakter hatte und andererseits dem Wähler eine Orientierung als Anreiz bot. Bei einer Interaktion, die über das Anklicken von Antworten hinausgeht, würde die Passivität wohl schnell wieder Überhand nehmen.

Das größere Problem als die Zahl der Teilnehmer ist jedoch vor allem die mangelnde

Repräsentativität der Bürger, die Online-Angebote nutzen würden. Smartvote.lu wurde 2009 von einer sozialen Elite benutzt: Im Vergleich zur gesamten Wählerschaft waren die Nutzer jünger, hatten einen höheren Bildungsgrad und waren im politischen Spektrum eher links der Mitte anzuordnen. Zusätzlich nutzten Frauen das Tool deutlich weniger als Männer.⁷ Ein sehr ähnliches Bild zeigt sich bei der Analyse, welche Wählergruppen Internet 2009 als Informationsquelle bevorzugten. Dass junge Bürger eher Gefallen an Onlineangeboten finden, dürfte jedem einleuchten. Doch jung ist nicht gleich jung: 2009 nutzten die 18- bis 24-jährigen Erstwähler das Internet als Hauptinformationsquelle deutlich häufiger als die 25- bis 34-Jährigen.⁸ Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren verstärken.



Die Automatisierung der Beteiligung (Katie Sayer, Flickr, CC BY-SA 2.0)

Jede Form von Bürgerbeteiligung – ob digital oder nicht – leidet darunter, dass schlussendlich doch nur Bürger erreicht werden, die bereits gut in den traditionellen Strukturen (Parteien, Gewerkschaften usw.) vertreten sind. Die politisch Unterrepräsentierten – Migranten, Menschen mit wenig formaler Bildung, die Jugend – bleiben allzu oft außen vor.⁹ Einer digitalen Demokratie würde es aber zumindest gelingen, die jungen Bürger stärker einzubinden.

Onlineangebote, die nicht nur informieren wollen, werden sehr schnell sehr komplex. Die deutsche Piratenpartei nutzt z. B. die Software „Liquid Feedback“. Die Plattform erlaubt es den Mitgliedern, Vorschläge zur Parteiarbeit einzureichen, darüber abzustimmen oder ihre Stimme an ein anderes Mitglied zu delegieren. Diese Delegation betrifft allerdings nur spezifische Themen und ist auch nicht permanent, sondern kann zu jeder Zeit zurückgezogen werden – weshalb das System als „liquid“ (verflüssigt) beschrieben wird. Im Mai 2012 nutzten allerdings nur 3 600 von insgesamt 30 000 Mitgliedern die Software. Selbst unter den sehr netzaffinen Piraten gilt „Liquid Feedback“ als zu unübersichtlich und kompliziert. Es müssen extra Schulungen organisiert werden, damit sich Neulinge zurechtfinden.¹⁰ Bis diese Systeme im demokratischen Alltag einsetzbar sind, wird also noch vieles vereinfacht werden müssen.

„Deliberative“ Demokratie

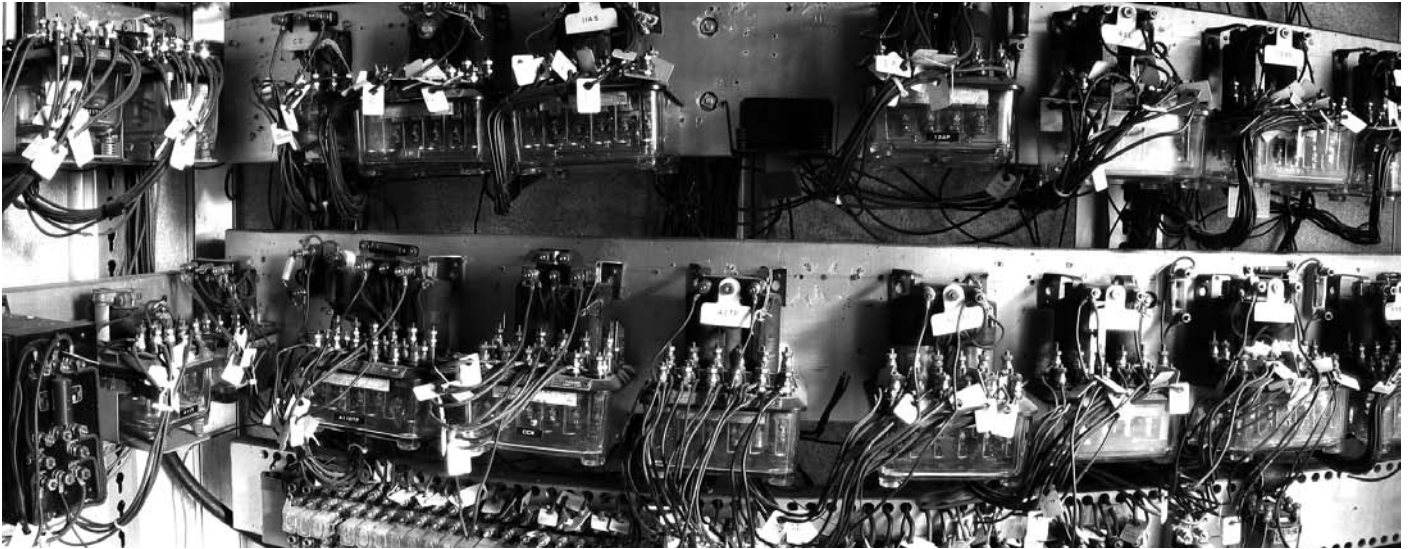
Mehr Transparenz, vielfältigere und bessere Informationen sowie eine direktere Kommunikation sind zwar Ergänzungen der bestehenden Demokratie, aber keine Erneuerung. Eine wirkliche digitale Demokratie ermöglicht den Bürgern, Ideen und Argumente einzubringen, die dann auch umgesetzt werden.

Ein Beispiel für eine solche Interaktion ist die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft des Deutschen Bundestages. Ziel der Parlamentarier war es dabei, interessierte Bürger als „18. Sachverständiger“ einzubinden – neben den 17 Experten, die von den Fraktionen ausgewählt wurden. Die Kommission nutzte dabei die Open-Source-Software Adhocracy, die es Nutzern erlaubt Vorschläge einzureichen, zu bewerten und zu kommentieren. So zeigt sich, welche Ideen auf Zustimmung treffen und welche nicht. Von 3 136 Mitgliedern wurden 469 Vorschläge eingebracht, zu denen 2 318 Kommentare und 14 298 Stimmen abgegeben wurden.¹¹ Der Vorsitzende der Enquete-Kommission sieht dieses Experiment als Erfolg. Einige der Anregungen seien in die Berichte der einzelnen Projektgruppen der Kommission eingeflossen.¹²

Wird nun der Bürger zum Experten? Welche Legitimität hat er, seine Meinung

kundzutun? Für den Politikwissenschaftler Loïc Blondiaux charakterisiert sich die repräsentative Demokratie durch eine „méfiance organisée à l'égard du peuple“: „une aristocratie élue au suffrage universel revendique pour elle seule la légitimité d'agir.“¹³ Auch in Luxemburg scheint diese Einstellung weit verbreitet zu sein, denn weiterhin werden Vertreter der Zivilgesellschaft nur in Ausnahmefällen in die parlamentarischen Kommissionen eingeladen. Immerhin will Justizminister François Biltgen die Meinung der Bürger zur Reform des Nationalitätengesetzes einholen – wenn auch lediglich via Kontaktformular.¹⁴

Die Frage der Legitimität stellt sich allerdings nur, wenn man die Qualität der Entscheidung von der Autorität der Beteiligten abhängig macht – wie es etwa im Fall der Tripartite passiert. Das Modell einer „deliberativen Demokratie“ dagegen sieht im Entstehungsprozess den Ursprung der Legitimität. Mit den überzeugendsten Argumenten eine möglichst breite Zustimmung zu erreichen, ist dabei das Ziel.¹⁵ Eigentlich sollte eine solche Diskussion im Parlament stattfinden. Doch die sehr kurzen Redezeiten erlauben es den Fraktionen höchstens, ihre Positionen darzulegen und kaum, überzeugende Argumente anzuführen. Zweieinhalb Minuten hatte etwa André Hoffmann von Déi Lénk zur Verfügung, um die Umsetzung der EU-



Entsende-Richtlinie zu diskutieren.¹⁶ Früher wurde in der Abgeordnetenkommission wochenlang über das Budget debattiert, heute wird das „wichtigste“ Gesetz des Jahres in wenigen Sitzungen abgefertigt.

Ein Ort neben dem Parlament, wo gesellschaftsrelevante Themen eingehender diskutiert werden, könnte demnach eine Lücke schließen. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie kann sich eine „Zukunftskammer der Bürger“ vorstellen, die als vierte Gewalt „vernünftige Entscheidungen vorbereitet und kommuniziert“.¹⁷ Eine solche Form der Bürgerbeteiligung könnte laut Leggewie zum Teil oder vollständig über eine Onlineplattform ablaufen. Ähnlich wie beim „Liquid Feedback“ der Piraten könnten sich Bürger selbst beteiligen oder ihre Stimme dynamisch für bestimmte Themen an einen anderen Teilnehmer delegieren.

Sinnvoll wäre eine solche Ergänzung der repräsentativen Demokratie allerdings nur, wenn die Beschlüsse dieser Kommission auch tatsächlich die letztendliche Entscheidung beeinflussen. Doch wenn dieser Einfluss gegeben ist, dann stellt sich die Frage der politischen Verantwortung. Allerdings besteht letzteres Problem auch im Falle des Staatsrates, dessen Arbeit trotzdem akzeptiert wird.

„Mehr Demokratie wagen“

Dieses Ziel von mehr Demokratie setzte sich Bundeskanzler Willy Brandt in sei-

ner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969. Dieser Leitspruch sollte auch für das Realexperiment der digitalen Demokratie gelten. Die Werkzeuge sind vorhanden, aber noch fehlt der Wille sie großflächig einzusetzen. Die bestehenden Projekte gehen in die richtige Richtung, aber ohne institutionelle Beteiligung werden sie schnell an Grenzen stoßen. Dazu muss die Politik aber mehr Transparenz wagen und es der Zivilgesellschaft gelingen bisher ausgegrenzte Gruppen besser in den politischen Prozess zu integrieren.

„Die Geschichte der Demokratie war immer auch eine *Suchbewegung* in einer offenen Situation“, so der Historiker Paul Nolte.¹⁸ Gleich beim ersten Versuch die optimale Form der digitalen Beteiligung zu erfinden, wird nicht gelingen. Deshalb ist es wichtig, umso früher damit zu beginnen. ♦

5 Romain Hilgert, „Der zögerliche Abschied der Parteiblätter“, in *Lëtzeburger Land*, 21. September 2012, <http://www.land.lu/2012/09/21/der-zogerliche-abschied-der-parteiblatter/>.

6 Patrick Dumont, Raphaël Kies, „Smartvote.lu: Usage and impact of the first VAA in Luxembourg“, in *International Journal of Electronic Governance*, (im Erscheinen).

7 *Ibid.*

8 Rapport ELECT, *ibid.*, S. 95.

9 Loïc Blondiaux, *Le nouvel esprit de la démocratie, Actualité de la démocratie participative*, Seuil, Paris, 2008, S. 70f.

10 Oliver Neuroth, „In die Augen gucken – das kann kein digitales Tool“, tagesschau.de, 20. Mai 2012, <http://www.tagesschau.de/inland/piratenpartei236.html>

11 EnqueteBeteiligung, <https://enquetebeteiligung.de/> (Stand 23.10.2012)

12 „Stand der Dinge: Online-Bürgerbeteiligung der Enquete“, 5. September 2012, http://www.bundestag.de/internet/enquete/Stand_der_Dinge_Buergerbeteiligung_der_Enquete_Sept_2012/index.jsp

13 Blondiaux, *ibid.*, S. 14.

14 Siehe: <http://www.mj.public.lu/nationalite/reforme/>.

15 Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München, Beck, 2012, S. 395ff und Blondiaux, *ibid.*, S. 41-42.

16 André Hoffmann, „Parlamentarismus und Demokratie“, in *forum* 317, 2012, S. 8-11, hier S. 8.

17 Claus Leggewie, „Ein Fetisch zum Anklicken“, in *Der Freitag*, 20.08.2012, <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ein-fetisch-zum-anklicken>.

18 Nolte, *ibid.*, S. 18. Hervorhebung im Original.

1 Matthias Groß, „Keine Angst vor dem Unberechenbaren: Realexperimente jenseits von Anpassung und Resilienz“, in: Detten, Roderich von; Faber, Fenn; Bemann, Martin (Hrsg.), *Unberechenbare Umwelt. Zum Umgang mit Unsicherheit und Nicht-Wissen*, (im Erscheinen), S. 193-217, hier: S. 196.

2 Vgl. Ines Kurschat, „Kein Freund von Transparenz“, in *forum* 308, 2011, S. 35-37.

3 Patrick Dumont et al., *Les élections législatives et européennes de 2009 au Grand-Duché de Luxembourg. Rapport ELECT*, Université du Luxembourg, Luxembourg, 2010, S. 127.

4 Die Entwicklung lässt sich auf der Plattform „Pluragraph“ verfolgen, <https://pluragraph.de/categories/luxembourg>.